

## **Beschluss der 35. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 03.03.2012**

### **Gemeinsam die Jugendpolitik vor Ort stärken**

Die jugendpolitische Interessenvertretung auf der kommunalen Ebene ist von zentraler Bedeutung, denn die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen wird maßgeblich durch politische Entscheidungen auf Orts- und Kreisebene geprägt. Und auch die Arbeitsbedingungen der Jugendgruppen, Jugendringe und Jugendverbände hängen stark davon ab, welchen Stellenwert Jugendpolitik vor Ort hat.

Entgegen politischer Bedeutungserklärungen mussten die Jugendverbände in den letzten Jahren feststellen, dass die Jugendpolitik in vielen Kommunen angesichts von politischen Schwerpunktverschiebungen zugunsten von Jugendhilfe und Familienpolitik immer mehr an Relevanz verliert: Die Gesamtverantwortung der Kommune im Sinne des KJHG wird unzureichend wahrgenommen, Kinder und Jugendliche werden nicht ausreichend beteiligt, die Fördermittel für die Jugendarbeit sind nicht bedarfsgerecht, bürokratische Vorgaben erschweren das ehrenamtliche Engagement. Während sich die Rahmenbedingungen verschlechtern, stellt der zunehmende gesellschaftliche Wandel die Jugendarbeit vor neue Herausforderungen. Zur Gesamtverantwortung gehören z.B. die gemeinschaftliche Weiterentwicklung der Jugendarbeit vor Ort, die Wahrung des Subsidiaritätsgedankens (Vorrang der freien Träger wie z.B. Jugendverbände; die Kommunen werden nur dann selber tätig, wenn kein freier Träger die für die Aufgabe notwendige Leistung erbringen kann) und die Unterstützung der freien Träger.

Die zeitgemäße Weiterentwicklung der kommunalen Jugendpolitik und die Qualifizierung der Interessenvertretung sind angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein bedeutendes Anliegen der Jugendverbände. Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. wollen diese Herausforderungen annehmen und sich auch auf der kommunalen Ebene verstärkt für eine aktive Jugendpolitik im Interesse der jungen Menschen einsetzen. Sie wollen Jugendpolitik mitgestalten und die jugendpolitische

Verantwortung auch durch ein verstärktes politisches und vernetzendes Engagement vor Ort und in Jugendhilfeausschüssen entschiedener wahrnehmen.

Die niedersächsischen Jugendverbände wollen daher gemeinsam mit Vertreter-inne-n der kommunalen Jugendringe sowie der örtlichen Jugendgruppen und -projekte einen gemeinsamen Diskussions- und Entwicklungsprozess starten. Dabei sollen Hilfestellungen für die kommunalpolitische Interessenvertretung erarbeitet werden, zeitgemäße Arbeitsformen entwickelt und die Bedeutung der Jugendpolitik auf der kommunalen Ebene gestärkt werden. Es wird eine begleitende Arbeitsgruppe „Jugendpolitik vor Ort“ eingerichtet, die in den kommenden zwei Jahren im Sinne dieses Beschlusses arbeitet.

Jugendpolitik vor Ort muss von vielen Partner-inne-n getragen und gestaltet werden. Die Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordert daher Politik und Verwaltung auf den verschiedenen politischen Ebenen auf, sich der Verantwortung für Jugendpolitik bewusst zu sein und diese gemeinschaftlich mit den Vertreter-inne-n der Jugendarbeit weiterzuentwickeln.